

Leitlinien liberaler Kommunalpolitik – Liberaler Bürgergesellschaft in der Kommune

"Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger."

Theodor Heuss

Inhalt

Seite

I. Verwaltungsstruktur, Bürgerbeteiligung und Ehrenamt	3
Effizienzsteigerungen vor Zentralisierung	3
Ehrenamt stärken	3
Bürgerbüros und e-Government	3
Transparente Verwaltung	4
II. Solide Finanzen	4
Kommunale Generationengerechtigkeit	4
Wer bestellt muss auch zahlen	4
Privat vor Staat	4
Niedrige Steuern und Abgaben	5
III. Sichere Arbeitsplätze durch florierende Wirtschaft	5
Ansiedlung und intelligente Flächennutzung	5
Moderne Verkehrsinfrastruktur	5
Schnelles Internet als wichtiger Standortfaktor	5
Sicherstellung der medizinischen Versorgung	6
Tourismus als Wirtschaftsfaktor in der Kommune	6
Feuerwehr gewährleistet unsere Sicherheit	6
IV. Lebensqualität und Lebensvielfalt in unseren Kommunen	6
Familienförderung in der Kommune	6
Jugendhilfe müssen Familien in Not unterstützen	7
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	7
Verlässliche Betreuung auch für Grundschul Kinder	7
Finanzierung der Betreuungseinrichtungen	7
Den Elternwillen berücksichtigen, Gymnasien stärken	7
Ganztagsangebote, RBZ und Schulsozialarbeit	8
Sichere Schulwege	8
Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung	8
Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen	8
Teilhabe an Bildungsangeboten sichern	9
Lebenslanges Lernen	9
Senioren	9
Kultur und Sport: Zielgenaue Förderung ist der richtige Weg	9
V. Energie in der Kommune: Kommunale Energieversorgung - Kommunale Wertschöpfung	10
Kommunale Energiepolitik treibt die Energiewende vor Ort voran	10
Kommunalgestaltete Energiepolitik durch Bürgerbeteiligung	10
Energieeinsparung der Kommunen	10
Liberaler Kommunalpolitik stellt sich CO2-Endlagerung Fracking entgegen	11

I. Verwaltungsstruktur, Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

Effizienzsteigerungen vor Zentralisierung

Die Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein haben sich über die Jahrhunderte entwickelt und sind dadurch teilweise sehr kleinteilig. Die FDP will, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft in ihrer Kommune zuhause fühlen. Von daher steht für die Liberalen die Steigerung der Verwaltungseffizienz auch durch interkommunale Zusammenarbeit der gewachsenen Strukturen immer vor einer verordneten Zusammenlegung der Verwaltungs-einheiten.

Die FDP Schleswig-Holstein bekennt sich auch bei den notwendigen Reformen klar zur kommunalen Selbstverwaltung und dem Subsidiaritätsprinzip. Die Behörden und Amtsträger vor Ort müssen nötige Freiräume zur Gestaltung von Abläufen und Strukturen anhand der vorhandenen Bedürfnisse und Fähigkeiten erhalten. Verwaltung soll dabei nicht als unangenehme Pflichtaufgabe, sondern als Service am Bürger begriffen werden.

Der einzelne Bürger steht für uns Liberale im Mittelpunkt der Verwaltungsreform. Deshalb ist jeder Reformschritt an den Auswirkungen auf den einzelnen Bürger zu überprüfen.

Eine Gebietsreform gegen den Willen der Menschen vor Ort, etwa durch legislativen Zwang, lehnt die FDP ab. Vielmehr ist vor der Zusammenlegung eine Volksabstimmung in den betroffenen Gemeinden durchzuführen.

Ehrenamt stärken

Ehrenamtliches Engagement vor Ort entfaltet sich am besten in überschaubaren Strukturen. Das bürgerliche Engagement in den Kommunen soll weiter gestärkt werden. Dazu gehört eine entschiedene Unterstützung des Ehrenamtes, aber vor allem auch die Einbindung der Menschen vor Ort in politische Entscheidungen, insbesondere durch Öffentlichkeit aller Ausschüsse sowie gezielte Fragemöglichkeiten in den Sitzungen. Eine Gemeinschaft von kooperierenden Bürgern, die gemeinsame Interessen in gegenseitigem Einvernehmen umsetzen, gibt dem Leben in der Kommune die richtigen Impulse. Die Liberalen machen den Bürgerinnen und Bürgern dieses Engagement leichter: Mit modernen Verwaltungen, die sich als Dienstleister verstehen und den Menschen keine Hürden aufbauen, mit erweiterten Beteiligungsrechten und weniger Verwaltungsaufwand.

Bürgerbüros und e-Government

Viele Bürgerinnen und Bürger möchten heutzutage über das Internet von zu Hause aus Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen können. Auch dem Wunsch nach Bürgerbüros in zumutbarer Entfernung als Anlaufstellen für kommunale Verwaltungsleistungen aus einer Hand ist Rechnung zu tragen. Daher fordert die FDP, Bürgerbüro-Strukturen vor Ort auszubauen und den Einsatz von e-Government- und IT-Lösungen voranzutreiben.

Transparente Verwaltung

Bei der Besetzung von Aufsichtsräten ist wegen des bestehenden Interessenkonfliktes zwischen der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht und dem Informations- und Kontrollanspruch der Selbstverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass die Selbstverwaltung die notwendigen Informationen erhält, die sie für ihre politische Verantwortung braucht. Auch für die Bürgerinnen und Bürger müssen die Informationen der Verwaltung zugänglich und verständlich gemacht werden.

II. Solide Finanzen

Kommunale Generationengerechtigkeit

Generationenverantwortung und Fiskalpakt verlangen, die kommunalen Haushalte dauerhaft zu entschulden. Einen Handlungsspielraum haben die Kommunen bei den freiwilligen Ausgaben. Diese sind verantwortungsvoll zu hinterfragen. Neue freiwillige Ausgaben sollen nur dann beschlossen werden, wenn zugleich eine finanzielle Deckung gesichert ist. Die FDP Schleswig-Holstein fordert die flächendeckende Einführung kommunaler Schuldenbremsen.

Wer bestellt muss auch zahlen

Auf der Einnahmeseite der Kommunen fordert die FDP, dass zukünftig für die vom Bund auferlegten Aufgaben der finanzielle Ausgleich in vollem Umfang erfolgt (Konnexitätsprinzip wie beim Land). Ansonsten ist eine verantwortungsvolle Finanzwirtschaft vor Ort nicht möglich. Die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen, damit die Kommunen sich nicht bereits für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtausgaben verschulden müssen. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass das Land die durch den Bund erfolgten Entlastungen auch umgehend und in vollem Umfang an die Kommunen weitergibt. Damit die Kommunen unabhängiger von den starken Schwankungen der Gewerbesteueraufkommen werden, muss dringend eine grundlegende Gemeindefinanzreform in Angriff genommen werden.

Privat vor Staat

Weiterhin hat der Grundsatz "Privat vor Staat" Gültigkeit, denn viele Aufgaben, die heute noch von den Kommunen selbst übernommen werden, können von privaten Unternehmen wesentlich kostengünstiger angeboten und effizienter geleistet werden. Das Modell der Public-Privat-Partnership kann hierbei eine Hilfe sein. Die Bürgerinnen und Bürger werden von unnötig hohen Abgaben und Steuern entlastet, wenn ein fairer Wettbewerb und Transparenz gewährleistet werden.

Niedrige Steuern und Abgaben

Die finanziellen Belastungen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen müssen niedrig gehalten werden. Dies ermöglicht neue Investitionen in anderen Bereichen. Die Auslagerung kommunaler Aufgaben und Entscheidungen in kommunale Unternehmen darf den Grundsatz der Klarheit und Wahrheit des Haushaltes und die kommunale Verantwortung nicht untergraben.

III. Sichere Arbeitsplätze durch florierende Wirtschaft

Ansiedlung und intelligente Flächennutzung

Der Erhalt bestehender Unternehmen am Ort und eine aktive Ansiedlungspolitik für neue Unternehmen und Einrichtungen sorgen für sichere Arbeitsplätze, Kaufkraft und Steueraufkommen. Daher sind entsprechende Ansiedlungsflächen rechtzeitig zu schaffen. Zur Vermeidung unnötiger Flächenversiegelung sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die vorhandene Bebauung zu verdichten und ehemals militärisch genutztes Gelände (Konversionsflächen) der Unternehmensansiedlung zuzuführen.

Moderne Verkehrsinfrastruktur

Im Wettbewerb um Standorte ist die innerörtliche Infrastruktur, aber auch die Anbindung der Kommune an die überregionale Verkehrsinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Die FDP setzt außerdem auf die laufende Verbesserung des ÖPNV, der auch den ländlichen Raum mit den städtischen Zentren verbindet und mit der Schülerbeförderung verknüpft werden muss. Zu einer modernen innerörtlichen Infrastruktur zählt ein gepflegtes Straßennetz, übersichtliche Verkehrsregelungen mit geringer Beschilderungsdichte, intelligente Verkehrsregelsysteme, die einen guten und energiesparenden Verkehrsfluss ermöglichen sowie eine ausschließlich der Sicherheit dienende Verkehrsüberwachung. Alle Wege und öffentliche Einrichtungen wollen wir zusätzlich daraufhin überprüfen, dass Menschen in allen Lebenslagen diese nutzen können.

Schnelles Internet als wichtiger Standortfaktor

Für den Erhalt und die Ansiedlung von Unternehmen sowie für die Steigerung der Attraktivität als Wohnort ist schnelles Internet mittlerweile unerlässlich. Die FDP forciert deshalb auf kommunaler Ebene den schnellstmöglichen Ausbau der erforderlichen Infrastruktur.

Sicherstellung der medizinischen Versorgung

Die FDP möchte, dass die neuen Möglichkeiten durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz in den Kommunen genutzt werden, um die medizinische Grundversorgung auch mittel- und langfristig im ländlichen Raum sicherzustellen. Krankenhäuser sollen nach Möglichkeit miteinander kooperieren. Durch neue Anreizsysteme sollen Landarztpraxen weiter die medizinische Grundversorgung in der Fläche sicherstellen.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor in der Kommune

Auf Grund der Lage Schleswig-Holsteins zwischen den Meeren, seines Klimas und seiner Natur bildet der Tourismus, auch in Verbindung mit dem Gesundheits- und Reha- Sektor, eine besondere wirtschaftliche Chance für die Kommunen in Schleswig-Holstein. Die Aufgabe der Kommunen in der Tourismuspolitik ist es aus Sicht der FDP, die entsprechenden Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Tourismus zu schaffen, insbesondere durch eine geeignete Infrastruktur und eine effiziente und Regionen übergreifende Vermarktung. Die Bäderregelung für verkaufsoffene Sonntage ist ein wesentlicher Bestandteil eines attraktiven Tourismusstandortes und sollte auf alle Orte ausgeweitet werden, denen insbesondere am Wochenende Touristen zuströmen. Nur geöffnete Geschäfte geben Tourismusorten die Lebendigkeit, die sie für Gäste interessant macht.

Feuerwehr gewährleistet unsere Sicherheit

Wichtig für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist eine gut ausgestattete Feuerwehr. Die Berufsfeuerwehren und die freiwilligen Feuerwehren mit ihren zehntausenden Aktiven im ganzen Land haben die volle Unterstützung der FDP. Die FDP setzt hierbei vor allem auf eine gute Ausbildung und eine bedarfsgerechte Ausrüstung, die auch durch Modelle der gemeinsamen Beschaffung weiter verbessert werden kann.

IV. Lebensqualität und Lebensvielfalt in unseren Kommunen

Familienförderung in der Kommune

Die FDP sieht die Notwendigkeit, dass sich die Bedingungen für Frauen und Männer weiter verbessern müssen, um Familie, Beruf und Karriere zu vereinbaren. Dies gilt sowohl für die Phase der Kinderbetreuung als auch für die Pflege von Angehörigen. Für die FDP ist die Familie die wirkungsvollste Institution, um eine positive Entwicklung einer auf Menschenwürde und gegenseitiger Achtung ausgerichteten Gesellschaft zu gewährleisten. Der Staat kann dieses nicht ersetzen, muss dafür aber die Rahmenbedingungen schaffen. Das erfordert ein Zusammenwirken von Gemeinden und Kreisen.

Jugendhilfe müssen Familien in Not unterstützen

Die Jugendhilfe ist personell und finanziell so auszugestalten, dass dem neuen Bundeskinderschutzgesetz Rechnung getragen wird. Der Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen muss entschieden entgegen gewirkt werden. Familien in Not müssen sich auf die schnelle und kompetente Hilfe durch die Jugendhilfe verlassen können.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur dann möglich, wenn Eltern ein zuverlässiges und qualitativ gutes Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Die FDP setzt sich für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstätten (U3 und Ü3) und für die gleichwertige Förderung der Kindertagespflege ein, damit die Eltern für die Kinderbetreuung eine echte Wahlmöglichkeit haben. Die FDP setzt sich außerdem für die Förderung von flexiblen Ad-hoc-Betreuungsangeboten ein, die auch kurzfristig entstehenden Bedarf abdecken.

Die FDP unterstützt eine zusätzliche Förderung der Betreuungseinrichtungen, die ein besonderes Bildungsangebot anbieten (beispielsweise das Erlernen von Fremdsprachen bei anschließender gesicherter Fortführung in der Grundschule oder ein erweitertes therapeutisches Bewegungsangebot).

Verlässliche Betreuung auch für Grundschul Kinder

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern von Schulkindern sicher zu stellen, fordert die FDP eine verlässliche Betreuung für Grundschul Kinder sowohl vor als auch nach der Schule. Diese kann im Rahmen der Offenen Ganztagschule, Tagespflege und in altersgemischten Gruppen der Kindertagesstätten erfolgen.

Finanzierung der Betreuungseinrichtungen

Wir Liberale meinen, dass es eine Kernaufgabe des Staates ist, die Familien zu stärken. Eine wichtige Aufgabe ist die finanzielle Entlastung der Familien. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Kosten für die Kinderbetreuung außerhalb der Familie zu einem großen Teil durch Bund, Land und Kommunen getragen werden. Es ist das Ziel zu verfolgen, eine landesweit einheitliche Sozialstaffel herbeizuführen.

Den Elternwillen berücksichtigen, Gymnasien stärken

Entscheidungen zur angestrebten Zusammenführung von Regionalschule und Gemeinschaftsschule wird die FDP vor Ort vorrangig von dem Elternwillen, den Beschlüssen der Schulkonferenzen und den Stellungnahmen der Schulen abhängig machen.

Es ist sicher zu stellen, dass wohnortnah ein vollständiges Gymnasium vorhanden bleibt. Wenn kein Gymnasium in der direkten Umgebung des Wohnortes vorhanden ist und es eine ausreichende Zahl an potenziellen Schülerinnen und Schülern gibt, unterstützt die FDP auch die Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Diese können das gymnasiale Angebot ergänzen, sollen die bestehenden Gymnasien in ihrer Existenz aber nicht gefährden oder ersetzen.

Ganztagsangebote, RBZ und Schulsozialarbeit

Die FDP setzt sich für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen ein mit dem mittel- bis längerfristigen Ziel eines flächendeckenden Angebots von gebundenen Ganztagschulen. Die FDP unterstützt weiterhin den bedarfsgerechten Umbau der Berufsschulen zu Regionalen Bildungszentren (RBZ), soweit die Kreise und kreisfreien Städte dies wollen. Jugendliche, die ihre Ziele aus eigener Kraft nicht erreichen können, sollen vom Kreis als Träger der Jugendhilfe durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden. Die Schulen sollen mit Sozialpädagogen insbesondere für die Arbeit im Ganztagsbereich weiter gestärkt werden.

Sichere Schulwege

Die FDP setzt sich für sichere Schulwege ein. Nicht vorhandene, nicht befestigte oder schlecht beleuchtete Fuß- und Radwege gefährden die Sicherheit unserer Kinder und sind ebenso wie überfüllte Schulbusse ein Problem, das die FDP weiter anpacken wird. Neben einem erhöhten Unfallrisiko unterliegen die Schulkinder hier einem täglichen, unausweichbarem Stress durch Lärm und Aggressionen. Hier fordert die FDP einen bedarfsorientierten Einsatz von Fahrzeugen und geschultem Personal. Eine veränderte schulische Landschaft erfordert eine Fahrplanausgestaltung, die sich an tatsächlichen Schulbetriebszeiten orientiert bzw. umgekehrt. Die Wartezeiten nach Schulende sollten maximal 30 Minuten betragen.

Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung

Familien mit Kindern werden in der heutigen Gesellschaft schon genug finanziell belastet. Deshalb fördert die FDP eine möglichst kostengünstige Schülerbeförderung und unterstützt die vom Land eingeführte Kann-Regelung.

Wer in Stadt und Land Schulen zentralisiert, muss auch für die Schülerbeförderung sorgen.

Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen

Die FDP setzt sich dafür ein, dass der § 47 f der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung und die dort verankerten Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen im Gemeindeleben verstärkt berücksichtigt werden. Kinder- und Jugendbeiräte sollten ein fester

Bestandteil in kommunalen Vertretungen werden und zu einer geschlechtergerechten Jugendpolitik beitragen.

Teilhabe an Bildungsangeboten sichern

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets wurde ein wichtiges Instrument geschaffen, Kindern - unabhängig von ihrem finanziellen und ethnischen Hintergrund - eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die FDP wird sich für eine einfache und unbürokratische Umsetzung einsetzen.

Lebenslanges Lernen

Die FDP sieht in Volkshoch- und Musikschulen, Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäusern sowie Vereinen und anderen Trägern geeignete Partner für ein ansprechendes und qualitatives Angebot sowohl für Fortbildungsmöglichkeiten als auch zur Freizeitgestaltung.

Senioren

Die FDP unterstützt die Einrichtung und Arbeit von demokratisch legitimierten Seniorenbeiräten. Gerade Ältere verfügen über vielfältige Kompetenzen, die wir verstärkt nutzen wollen im vielfältigen bürgerschaftlichem Engagement.

Die Ausgestaltung des Zusammenlebens der Generationen wird an Aktualität immer mehr zunehmen. Aus diesem Grund sind in der Kommune die Bedarfe von Senioren zu berücksichtigen. Insbesondere kostengünstiger Wohnraum, aber auch spezielle Wohnformen, wie zum Beispiel Senioren-Wg's, ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter.

Zusätzlich ist es wichtig, rechtzeitig ausreichende Pflegeeinrichtungen wohnortnah aufzubauen sowie sich mit alternativen Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten intensiv auseinander zu setzen. Wir berücksichtigen dabei die besonderen Belange von Älteren mit Migrationshintergrund.

Gerade für ältere Menschen ist es wichtig, eine medizinische Versorgung in erreichbarer Nähe vorzufinden. Insbesondere in den ländlich geprägten Gebieten gilt es Anreize zu schaffen, damit sich Allgemeinmediziner dort niederlassen. Ansonsten ist die Erreichbarkeit von Ärzten und Therapieeinrichtungen durch ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen.

Kultur und Sport: Zielgenaue Förderung ist der richtige Weg

Kulturpolitik beschränkt sich nicht nur auf vielfältige künstlerische Bereiche, sondern beinhaltet auch Sport und weiteres gesellschaftliches Engagement. Viele

Bürger und Unternehmen engagieren sich in vielfältigster Weise, um kulturelle Einrichtungen, Vereine und Veranstaltungen zu unterstützen. Ohne den Staat ist es jedoch unmöglich,

dieses Angebot in seiner gewachsenen und einzigartigen Vielfalt zu erhalten. Eine verlässliche Unterstützung ist die Voraussetzung dafür, dass auch Private bereit sind, sich für eine Bürgergesellschaft zu engagieren. Gerade für diese Bereiche ist es deshalb wichtig, dass die Kommunen finanzielle Spielräume haben, um die Angebote zielgenau unterstützen zu können.

V. Energie in der Kommune: Kommunale Energieversorgung - Kommunale Wertschöpfung

Kommunale Energiepolitik treibt die Energiewende vor Ort voran

Eine liberale Kommunalpolitik steht zur mittelständischen Energieerzeugung in den Kommunen. So soll eine saubere und bezahlbare Energieversorgung sicherstellt werden.

Libérale Energiepolitik in den Kommunen bereitet daher den Boden, damit die mittelständische Energiewirtschaft vor Ort auch weiter nicht nur die Energiewende, sondern das wirtschaftliche Wachstum gerade in den strukturschwachen ländlichen Räumen vorantreiben kann.

Kommunalgestaltete Energiepolitik durch Bürgerbeteiligung

Zuverlässige Energieversorgung bedeutet, auch Netzstabilität durch die Bereithaltung ausreichender Reservekapazitäten sicherzustellen und Netzausbau.

Die Kommunen müssen den Ausbau von Hoch- und Höchstspannungsnetzen positiv begleiten und aktiv die Anforderungen von Bürgern und Investoren ausgleichen.

Die FDP begreift dabei die frühzeitige Beteiligung der Bürger an den Planungen als Weg zur Beschleunigung der Energiewende.

Kommunale Energiepolitik setzt daher auf die Durchsetzung eines schnellen Netzausbaus, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Energieerzeuger und setzt sich für die zügige Durchsetzung einer wirklichen, vollständigen eigentumsrechtlichen Trennung von Produktion, Netz und Vertrieb durch unterschiedliche Akteure ein, die eigentumsrechtlich unter-einander nicht verbunden sind

Energieeinsparung der Kommunen

An kommunalen Anlagen und Gebäuden sollen alle wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs kurzfristig in den öffentlichen Haushalten eingeplant und zeitnah umgesetzt werden.

Liberale Kommunalpolitik stellt sich CO2-Endlagerung Fracking entgegen

Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner lehnen die Verpressung von Kohlendioxid und die Einleitung giftiger und umweltgefährdender Substanzen im Untergrund und dem Meeresboden von Nord- und Ostsee, unabhängig von dem damit verfolgten Zweck ab. Das schließt insbesondere die Planung und Errichtung von Plattformen, Pipelines, Rohrleitungen und anderen Strukturen zum Langstreckentransport von Kohlendioxid und Erkundungen mit dem Ziel einer Förderung von Kohlenwasserstoffen mittels Fracking ein.